

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Winfried Gellner	SPD
Herr Till Kniola	SPD
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Dr. Ulrich Soénius	CDU
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Maren Friedlaender	FDP
Frau Monika Ruiten	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Frau Dr. Heike Gregarek
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Marco Malavasi LSVD OV Köln

Verwaltung

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander	Dezernat für Kunst und Kultur
Herr Engelbert Rummel	Gebäudewirtschaft
Herr Dr. Marcus Trier	Römisch-Germanisches Museum
Herr Prof. Kasper König	Museum Ludwig

Schriftführer

Herr Uwe Freitag Dezernat für Kunst und Kultur

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Detlef Alsbach	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Jeane von Oppenheim	CDU
Frau Rita Krause	pro Köln

Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerinnen und Bürger

Herr Dr. Reinhard Heinemann

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ute Palm

Behindertenvertretung

Herr Gert Klehn

Seniorenvertretung

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist zunächst darauf hin, dass man nach den Herbstferien fulminant mit der Eröffnung zweier Kölner Museen gestartet sei. Es seien bereits in den ersten zwei Wochen 50.000 Besucher im neuen Rautenstrauch-Joest Museum und Museum Schnütgen gewesen. Dies sei ein großer Erfolg. Ebenso habe die Spielzeit der Oper und des Schauspiels begonnen. Sie hebt hervor, dass man gut in den kulturellen Herbst gestartet sei

Beigeordneter Prof. Quander macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur liegt unter TOP 2.1.1 die Beantwortung einer Anfrage betreffend „Archäologische Ausgrabungen des Römisch-Germanischen Museums am Kennedy-Ufer in Köln-Deutz“ aus dem Hauptausschuss zur Kenntnis vor.

Zu TOP 6.1 liegen die Beratungsergebnisse des Integrationsrates, des Sportausschusses, des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Stadtentwicklungsausschusses vor.

Unter TOP 6.4 und 6.5 wurden die Beschlussvorlagen „Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2010“ und „Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2010“ vorgelegt.

Außerdem liegt unter Tagesordnungspunkt 10.6 die Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der letzten Sitzung bezüglich des „Fördervereins Archäologische Zone“ als Tischvorlage vor.

Für den Betriebsausschuss Bühnen liegt zu der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Uraufführung 'Sonntag' von Karlheinz Stockhausen" die Beantwortung der Betriebsleitung der Bühnen vor. Er weist darauf hin, dass die Beantwortung sich nicht auf der vorliegenden erweiterten Tagesordnung befinde.

Er bedankt sich für die einleitenden Worte der Vorsitzenden und stimmt der Aussage zu, dass man einen guten Start in den Kulturherbst gehabt habe. Insbesondere durch den großen Zuspruch zum Rautenstrauch-Joest-Museum und Museum Schnütgen, der auch überregional starke Beachtung gefunden habe. Er hebt außerdem hervor, dass der Start ins Schauspiel mit der Uraufführung „Jelinek“ ein Ereignis gewesen sei, welches weit über die Stadt hinaus gestrahlt habe. Schauspielintendantin Beier habe brillant die schwierigen Texte auf die Bühne gebracht.

RM von Bülow beantragt, den Tagesordnungspunkt 18.2 in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister kündigt einen Dringlichkeitsantrag ihrer Fraktion bezüglich einer Aufstellung eines Kunstwerks im öffentlichen Raum an.

Der Ausschuss nimmt die Änderungen zur Tagesordnung zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Schwerpunktthemen**
 - 2.1 Ausgrabungen am Rheinufer in Köln-Deutz
PowerPoint-Präsentation von Herrn Dr. Trier, Römisch-Germanisches Museum
 - 2.1.1 Archäologische Ausgrabungen des Römisch-Germanischen Museums am Kennedy-Ufer in Köln-Deutz
4683/2010
- 3 Kulturbauten**
- 4 Schriftliche Anfragen**
 - 4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Echtheit von Kunstobjekten"
AN/1681/2010
- 5 Schriftliche Anträge**
 - 5.1 Mündlicher Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufstellung einer Steinskulptur des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert"
- 6 Allgemeine Vorlagen**
 - 6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010
 - 6.2 Jahresbericht 2009
4172/2010
 - 6.3 Neubauprojekt Eifelwall
Auslobung eines Architektenwettbewerbs
3761/2010/1
 - 6.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2010
4394/2010

6.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2010
4347/2010

7 Sonderausstellungen

8 Annahme von Schenkungen

8.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung des Werkes "Moluccan Cockatoo Molly" von Diana Thater
4356/2010

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Änderung der Förderfristen ab 2012
3085/2010

10.2 Erfahrungsbericht zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken
4265/2010

10.3 Archäologische Zone Köln
4480/2010

10.4 Beihilfen zur Erhaltung von Baudenkmalern
4499/2010

10.5 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz
4389/2010

10.6 Förderverein Archäologische Zone
4611/2010

11 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

12 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

13 Schwerpunktthemen

14 Schriftliche Anfragen

15 Schriftliche Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Marktuntersuchung und Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Einführung eines neuen Bibliotheksmanagementverfahrens bei der Stadtbibliothek 3475/2010

17 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

18 Mitteilungen der Verwaltung

18.1 Kündigung Nutzungsverhältnisse auf dem Clouth-Gelände zum 31.03.2011 4076/2010

18.2 Überlassung von Räumen/Immobilien aus dem Fiskalbesitz für kulturelle Nutzungen 3564/2010

18.3 Städtebauförderungsmaßnahme Kölner Filmhaus e. V. 4537/2010

18.4 Prüfbericht Vergabe der Verwaltung von Atelierräumen sowie Gewährung von Investitionskostenzuschüssen zum Ausbau von Atelierräumen 4568/2010

19 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Ausgrabungen am Rheinufer in Köln-Deutz PowerPoint-Präsentation von Herrn Dr. Trier, Römisch-Germanisches Museum

Herr Dr. Trier erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation (vgl. Anlage 1) die Ausgrabungen am Rheinufer in Köln-Deutz.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur für den Vortrag und bittet darum, den Ausschuss schriftlich auf dem Laufenden zu halten. Sie wünscht gutes Gelingen für das weitere Procedere und hofft, dass man eine gute Lösung finden werde.

2.1.1 Archäologische Ausgrabungen des Römisch-Germanischen Museums am Kennedy-Ufer in Köln-Deutz 4683/2010

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Kulturbauten

4 Schriftliche Anfragen

4.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Echtheit von Kunstobjekten" AN/1681/2010

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass die Beantwortung zur nächsten Sitzung vorgelegt werde.

5 Schriftliche Anträge

5.1 Mündlicher Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Aufstellung einer Steinskulptur des Künstlers Michael Schwarze vor der Kunsthandlung Goyert"

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt im Namen der SPD-Fraktion einen mündlichen Dringlichkeitsantrag bezüglich der Aufstellung einer Skulptur vor der Kunsthandlung Goyert auf der Hahnenstraße. Hier habe auf einer Sondernutzungsfläche über viele Jahre eine Skulptur gestanden, die zerstört worden sei. Sie berichtet, dass die Kunsthandlung mit der Stadt Köln, bezüglich der Terminierung einer Ersatzaufstellung Gespräche führe. Der Ausschuss Kunst und Kultur müsse ihres Erachtens ein Interesse daran haben eine zügige Lösung zu finden. Sie weist darauf hin, dass der Kunstbeirat in Fragen zu Kunst im öffentlichen Raum stets mit einbezogen werden muss. Dieser

tage am 18.11.2010, zeitgleich mit der Bezirksvertretung, die hierzu einen Beschluss fassen müsse. Um zu zeigen, dass der Ausschuss Kunst und Kultur eine Beratung am 18.11.2010 unterstützt, schlägt sie vor, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur verzichtet auf die Beratung einer Beschlussvorlage, wenn der Kunstbeirat und die Bezirksvertretung Innenstadt der Aufstellung einer Steinskulptur vor der Kunsthandlung Goyert zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister ist der Auffassung, dass Bildung und kulturelle Auseinandersetzung, wirkliche Teilhabe und Integration grundsätzlich möglich sei und eine entscheidende Rolle spiele. Von daher bedauert sie es, dass die Kultur in der Vorlage eine relativ kleine Rolle spiele. Sie weist darauf hin, dass Maßnahmenkataloge erstellt werden und hält es für wünschenswert, wenn sich dazu die Kulturverwaltung stärker in die Debatte einbringen könnte. Zumal die Kunstszene international aufgestellt sei und somit Kulturschaffende bereits zur Integration beitragen.

RM von Bülow begrüßt grundsätzlich das Konzept. Sie schließt sich der Kritik der Vorsitzenden Dr. Bürgermeister an und bittet ergänzend darum, dass die Kulturverwaltung einen Abgleich mit dem Kulturentwicklungsplan beifügt und hieraus entsprechende Maßnahmen ableitet. Des Weiteren verweist sie auf Seite 55 des Konzeptes und fragt, wie das Förderkonzept „Akademie der Künste der Welt“ weiterentwickelt worden sei und ob dies noch in die Maßnahmen in die Weiterentwicklung des gesamten Konzeptes eingearbeitet werden.

RM Senol weist darauf hin, dass ihre Fragen zu diesem Thema aus der Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 07.09.2011 bisher noch nicht beantwortet worden seien.

RM Dr. Elster stellt dar, dass sich die CDU-Fraktion im Wesentlichen den Ausführungen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anschließe. Er kritisiert, dass das Konzept nicht konkret sei und nur wenige Handlungsempfehlungen und keine finanzielle Unterlegung enthalte. Von daher will seine Fraktion für den Alternativvorschlag der Verwaltung zu votieren.

RM Uckermann bemerkt, dass die Fraktion pro Köln dem Integrationskonzept in der vorliegenden Form nicht zustimme.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass auch er sich eine stärkere Berücksichtigung der Kultur in dem vorliegenden Bericht gewünscht hätte. Man sei sehr wohl an dem Arbeitskreis beteiligt gewesen und habe ausführlich miteinander darüber gesprochen. Allerdings handele es sich um eine Vorlage von Dezernat V, in der nicht alle Anregungen aus dem Arbeitskreis angenommen bzw. verdichtet worden seien. Er verweist auf eine Anmerkung auf Seite 55 des Konzeptes, in der auf die ausführliche Darstellung der Thematik im Quellenband „Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe 18“ hingewiesen wird. Er schlägt vor, den Fraktionen den Quellenband zur Verfügung zu

stellen, da in dieser Arbeitsgruppe der Bereich Kultur vertreten gewesen sei. Möglicherweise könne man so viele Fragen beantworten und es reiche aus darauf hinzuweisen, dass man dies in diesem Sinne verstanden wissen wolle, wie es in dem Quellenband niedergeschrieben worden sei.

Er macht außerdem deutlich, dass er zu einer schlussgezeichneten Beschlussvorlage keine abweichende Stellungnahme des Kulturdezernates verfassen könne.

Zur „Akademie der Künste der Welt“ berichtet er, dass man zum Vorlauf einer möglichen und gewünschten Gründung der Akademie einen Forschungsauftrag an das Zentrum für Kulturforschung in Bonn erteilt habe. Dort werde das breite Kölner Kulturangebot umfassend analysiert und hinterfragt, insbesondere hinsichtlich der Frage, wie weit es ein Publikum mit Migrationshintergrund erreiche. Das Ergebnis werde Ende des Jahres vorgelegt und dem Ausschuss Kunst und Kultur zur Verfügung gestellt. Nach dem Haushaltsbeschluss habe man im Grunde die Zusage des Ganzen und müsse stadintern die Organisation zur Gründung der „Akademie der Künste der Welt“ klären. Hierzu führe er entsprechende Gespräche mit dem Oberbürgermeister.

Abschließend weist er darauf hin, dass die gestellten Fragen der Fraktion Die Linke an das Dezernat für Soziales und Integration weitergeleitet worden seien.

RM Uckermann bittet darum, den Fraktionen den Quellenband vor der Ratssitzung zur Verfügung zu stellen, damit die Möglichkeit bestehe entsprechende Änderungsanträge zu stellen.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das *„Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“* als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zur Förderung der Integration (Interkulturelles Maßnahmenprogramm) zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen sowie die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sicher stellen,
2. Handlungsempfehlungen, die nur durch Dritte umgesetzt werden können, auf ihre Relevanz und Praktikabilität hin zu prüfen und an der konkreten Umsetzung im Rahmen des städtischen Handlungsspielraumes mitzuwirken,
3. bei der Fortschreibung und Weiterentwicklung des Maßnahmenprogramms zukünftig Kosten (Personalkosten und Sachmittel) der städtisch finanzierten Maßnahmen konkret zu benennen oder die einzelnen Maßnahmen zugrunde liegenden Zuschussbeträge zuzuordnen,
4. die Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms in zwei Jahren erneut vorzulegen und
5. dahingehend zu wirken, dass die Maßnahmen der nicht-städtischen Träger in aussagekräftiger Form bei der nächsten Fortschreibung des Interkulturellen Maßnahmenprogramms ergänzend dargestellt werden können,
6. das vorliegende *Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft* und das darin enthaltene *Interkulturelle Maßnahmenprogramm* systematisch fortzuschrei-

ben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse regelmäßig zu aktualisieren,

7. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre - zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Die aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen konkret entwickelten Maßnahmen werden von der Verwaltung in Form von Einzelvorlagen den Fachausschüssen und dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei werden Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

6.2 Jahresbericht 2009 4172/2010

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird in der nächsten regulären Sitzung am 07.12.2010 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.3 Neubauprojekt Eifelwall Auslobung eines Architektenwettbewerbs 3761/2010/1

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt, dass die Vorlage auf der heutigen Tagesordnung sei und betont, dass dies nur ein Ausschnitt dessen sei, was dort anstehe und maßgeblich für den Wettbewerb sei. Im Zuge der EU-Richtlinien zur Auslobung eines internationalen Architektenwettbewerbes müsse dies in dieser Form gestaltet werden. Sie weist darauf hin, dass man in den Fachausschüssen und im Rat die Rahmenbedingungen für den Wettbewerb festlege.

RM Peil macht darauf aufmerksam, dass es bei anderen Großprojekten im Nachhinein eine geänderte Entwicklung des Bauvolumens und der Kosten gegeben habe. Er fragt, wie die Interessen der Nutzer in die Auslobung einfließen und ob diese bereits beim Funktionsprogramm erfasst worden seien. Außerdem will er wissen, ob dies bei der Vorprüfung unter Kostengesichtspunkten erneut überprüft und bei der Beauftragung erneut überarbeitet werde, um ein endgültiges Volumen zu bekommen. Außerdem fragt er, ob dies bedeute, dass man danach weitere Nutzerwünsche nicht mehr zulassen könne.

Herr Dr. Soénus regt an, für das Bibliothekswesen einen zusätzlichen Sachpreisrichter von nationalem Rang zu benennen. Er schlägt diesbezüglich den Direktor der Humboldt-Universitäts-Bibliothek oder den Direktor der Deutschen Bibliothek vor. Dies halte er für wichtig, um gegenüber der bundesweiten Öffentlichkeit zu zeigen, dass sowohl vom Archivwesen, als auch vom Bibliothekswesen bedeutende Fachleute dem Preisgericht angehören.

Herr Deutsch begrüßt, dass in der vorliegenden zweiten Fassung der Beschlussvorlage die Kunst- und Museumsbibliothek Planungsgegenstand sei. Dies entspreche dem ursprünglichen Ratsbeschluss.

RM Uckermann stellt fest, dass nicht alle Fraktionen im Preisgericht vertreten seien. Er fragt, warum seitens der Verwaltung die Jury so eingerichtet worden sei.

Behindertenvertreterin Palm weist darauf hin, dass im Inhaltsverzeichnis unter Punkt 4.9 die Barrierefreiheit aufgeführt sei. Allerdings reiche die Anlage nur bis Punkt 4 und somit sei dieses Thema nicht vorhanden.

Beigeordneter Prof. Quander sagt zu, die fehlenden Unterlagen nachzureichen.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass es sich um ein geregeltes Verfahren handele, wo nach der Wettbewerbsentscheidung die übliche Vorplanung, Weiterplanung und die Baubeschlüsse durchgeführt werden. Bauherr sei im Übrigen die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel erläutert weiter, dass man die Fachingenieure bereits an der Vorprüfung beteiligen wolle und man deshalb parallel zur Ausschreibung der Objektplanung ausschreiben werde. Demnach könne dieser Entwurf hinsichtlich der Kosten genauer überprüft werden. Es sei anschließend Sache der Jury, das Ergebnis der Vorprüfung entsprechend zu bewerten. Er weist darauf hin, dass das Urheberrecht auf die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln übertragen werde. Hierdurch könne man während der Planung ggf. kostenträchtige Dinge des Architekten oder des Entwurfs in Einklang mit allen Beteiligten bringen und habe einen gewissen Einfluss.

Bezüglich der Nutzerwünsche erklärt er, dass diese die Basis der gesamten Ausschreibung bilden und die benötigten Funktionsprogramme durch die Nutzer aufgestellt worden seien. Weitgehend seien alle Funktionen und Räume bekannt, so dass die Planung sehr genau vorgenommen werden könne. Was zu diesem Zeitpunkt noch nicht gemacht werden könne, sei insbesondere das Thema Nachhaltigkeit der Gebäudehülle. Hieran werde man im Entwurf und bei der Planung arbeiten, damit die Nachhaltigkeit gewährt bleibe. Er erklärt, dass bei einer Planung der Passivbaustand Voraussetzung sei. Dies bedeute, dass es keine großen Klimaanlage gebe. Hierzu habe man ein entsprechendes Fachbüro eingeschaltet, welches bereits bei zahllosen Projekten im Archivbau beratend tätig gewesen sei.

Zum Thema eines weiteren Sachverständigen berichtet er, dass diesbezüglich bereits Gespräche geführt worden seien, die aber nicht erfolgreich waren. Er werde jedoch den Vorschlag erneut aufgreifen und versuchen, zusätzlich zur Leiterin der Stadtbibliothek, jemanden aus dem Bibliothekswesen zu gewinnen.

RM Peil fragt, wann der Planungsprozess mit den Nutzern so abgeschlossen ist, dass man zu konkreten Kosten kommen könne und ob es für die Nutzer die Möglichkeit gebe, nachträglich weitere Funktionen oder Raumprogramme in den Prozess einzubringen. Er weist darauf hin, dass sich die Nachhaltigkeit nicht nur auf das Energiemanagement beziehe, sondern auch auf nachhaltige Instandhaltung und Service, wie beispielsweise die Reinigung. Er fragt, ob dies bei der Ausschreibung gewährleistet sei.

Frau Friedlaender verweist auf Punkt 2.7.1 der Vorlage wo dargestellt sei, dass nur eine begrenzte Teilnehmerzahl zugelassen werde und wenn es zu viele Bewerber gebe, die Teilnahme per Los entschieden werde. Sie fragt, ob dies das übliche Verfahren sei.

Frau van Duiven fragt, inwieweit man Kunst und Bau bei dem Bauvorhaben mit einbeziehen könne. Dies müsse nach ihrer Auffassung möglichst frühzeitig und inhaltlich passend geschehen.

RM Senol fragt, warum die Fraktion Die Linke nicht in der Jury vertreten sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister merkt an, dass eine Zweitägige Preisgerichtssitzung vorgesehen sei und dies für Ehrenamtliche eine extreme Herausforderung sei.

Beigeordneter Prof. Quander weist darauf hin, dass dies bei den Bühnen und der Archäologischen Zone ebenfalls der Fall gewesen sei.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel ergänzt, dass man normalerweise etwa dreißig Büros an einem Wettbewerb beteilige, in diesem Fall seien es fünfundvierzig. Man sei mit dreißig Arbeiten an einem Tag bereits überfordert, so dass man tatsächlich zwei Tage benötigen werde. Die Anzahl der Teilnehmer an der Jury liege in der Regel bei 15. Bei einem Verfahren dieser Größenordnung beteilige man die großen Fraktionen des Rates. Er weist darauf hin, dass das Gebäude, in Verbindung mit der Grünanlage, frei stehen werde. Demnach wolle man großen Wert auf die Gestaltung und den Entwurf legen.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Gebäude dort Öffnungen haben müsse, wo sich die Büroflächen, die Restaurationsräume, der Bereich der Bibliothek und des Lesesaals befinden, jedoch nicht im Bereich des Magazins, welches den meisten Platz einnehme. Außerdem sei die funktionale Aufgabe sehr schwierig, die Institute so unterzubringen, damit die räumlichen Effekte auch erzielt werden, die man sich aus der Zusammenlegung erhoffe.

Er erläutert außerdem, dass ein Losverfahren üblich sei, wenn es mehrere hundert Bewerbungen gebe. Dadurch werde allerdings kein Entwurf ausgeschlossen, weil erst die gewählten Teilnehmer einen Entwurf fertigen.

Bezüglich der Nachhaltigkeit erklärt er, dass natürlich auch Baustoffe und Reinigung davon betroffen seien. Hier gebe es Bauqualitätsausstattungsstandards, die man bei allen städtischen Gebäuden anwende.

Frau Ruiten betont, dass der Neubau des Stadtarchivs von politisch eminenter Bedeutung für diese Stadt sei und somit ihres Erachtens alle politischen Fraktionen an den Tisch gehören, um informiert zu sein. Sie könne nicht nachvollziehen, warum die Verwaltung dies lediglich auf die vier großen Fraktionen beziehe und die Kleinen ausschließe.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel erklärt hierzu, dass die Jury in erster Linie ein Zusammentreffen von Sachverständigen, Fachpreisrichtern und Sachpreisrichtern sei. Je größer ein solches Gremium gewählt werde, umso mehr seien die Fachpreisrichter unterrepräsentiert.

RM Uckermann vertritt die Auffassung, dass man keine Entscheidung treffen könne, wenn man nicht Mitglied der Jury sei. Er schlägt daher vor, daran ohne Stimmrecht teilnehmen zu dürfen, denn es gehe ihm hauptsächlich um die Informationen der vollständigen Entwürfe.

Der Leiter der Gebäudewirtschaft Rummel weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Lindenthal den Antrag gestellt habe, die Bezirksbürgermeisterin und je einen Vertreter der Fraktionen ebenfalls an dem Preisgericht zu beteiligen. Er vermutet, dass seitens der Bezirksvertretung Innenstadt, die den Punkt noch nicht behandelt habe, ähnliche Anträge gestellt werden. Deshalb habe die Verwaltung im Vorfeld diese Limitierung vorgenommen und eine entsprechende Grenze gezogen.

Beigeordneter Prof. Quander merkt an, dass der Wettbewerb dokumentiert und eine dazugehörige Ausstellung vorbereitet werde, in der man die Entwürfe, die in die letzte Runde gekommen seien, der Öffentlichkeit präsentiere. Insofern sei eine entsprechende Information gewährleistet. Bezüglich der Anregung von Frau van Duiven zeigt er auf, dass es hierzu wahrscheinlich einen getrennten Wettbewerb geben werde.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister betont, dass vor einem entsprechenden Ratsbeschluss sichergestellt sein müsse, dass alle Ratsmitglieder informiert seien, um dies entsprechend diskutieren zu können.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung am Standort Eifelwall (Ecke Eifelwall / Luxemburger Straße) einen Architektenwettbewerb für den Neubau des Historischen Archivs und der Kunst- und Museumsbibliothek – so wie in der Begründung dargestellt – durchzuführen.

In Beibehaltung des Ratsbeschlusses Nr. 3739/2009 vom 10.09.2009 soll die in der Begründung dargestellte Auslobung (Historisches Archiv, Kunst- und Museumsbibliothek mit Rheinischem Bildarchiv) geplant und realisiert werden.

Unter Würdigung der Empfehlungen des Preisgerichts wird einer der Preisträger des Wettbewerbs mit weiteren Planungsleistungen beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0417 - Puppenspiele für das Haushaltsjahr 2010
4394/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, vor der nächsten Sitzung des Finanzausschusses und des Rates eine Sondersitzung einzuberufen, in der dieser Tagesordnungspunkt behandelt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2010 4347/2010

Frau Brunn fragt, wie es möglich sei, dass dieses Defizit erst nach den Hpl-Beratungen deutlich werde, was die strukturellen Gründe hierfür seien und ob die Einnahmeerhöhung durch die Anhebung der Eintrittspreise ausreiche, um das strukturelle Defizit aufzufangen.

RM von Bülow regt an die Vorlagen parallel zu behandeln, weil strukturell das gleiche Problem bestehe. Es fehle bei beiden Vorlagen die Darstellung der Erlöse und Aufwendungen für 2009 und 2010 und wie es mit den Planungen für 2011 weitergehe. Bei TOP 6.4 sehe ihre Fraktion in der Systematik der Finanzierung insofern ein Problem, weil man diese aus den Wenigeraufwendungen für das Historische Archiv decken wolle. Hier sei stets gesagt worden, das Archiv setze man vor die Klammer des Kulturetats. Sie weist darauf hin, dass bei einer gleichzeitigen Querfinanzierung die Systematik verändern werde. Es sei für ihre Fraktion nicht einsehbar, wie man dies darstellen wolle. Insofern habe sie ein Problem, die Vorlage in dieser Form zu verabschieden. Natürlich käme man nicht umhin, anfallende Rechnungen für die Puppenspiele zu bezahlen. Sie fragt, wie man eine Budgetkontrolle durchführen wolle, wenn vorher bekannt sei, dass trotz Erhöhung der Eintrittspreise ein höheres Defizit auflaufe. Sie sehe das Problem noch nicht richtig gelöst.

RM Dr. Elster betont, dass durch die beiden vorliegenden Beschlussvorlagen deutlich geworden sei, was eine Haushaltskonsolidierung, so wie sie durchgeführt worden sei, für Dimensionen annehmen könne. Einerseits habe man ein von der Verwaltung bekannt gegebenes strukturelles Defizit, und andererseits gebe es auch künftig keine saubere Gegenfinanzierung. Er bittet darum zu erläutern, wie sich das strukturelle Defizit darstelle. Die Verwaltung mache zwar einen Vorschlag zur Finanzierung des aktuellen Defizits, aber man müsse darüber informiert werden, wie dies künftig aussehe. Er kritisiert, wie teilweise in den einzelnen Institutionen mit dem Haushalt umgegangen werde. Er schlägt vor, die Beschlussvorlagen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen und in der kommenden Ratssitzung eine Entscheidung zu treffen, damit die bei der Begründung der Dringlichkeit aufgeführten bestehenden Risiken nicht eintreffen. Es könne nicht noch ein Sitzungszyklus abgewartet werden, weil dies nicht gerechtfertigte Mehrkosten generieren würde. Er halte es für einen guten Ansatz über ein Controlling nachzudenken, um künftig den Institutionen zu helfen mit ihrem Haushalt aktiver umzugehen und Risiken früher zu melden.

Herr Deutsch zeigt auf, dass ein strukturelles Defizit nicht plötzlich auftrete, sondern sich deutlich abzeichne und dementsprechend problematisiert werden müsse. Deswegen lege er Wert darauf, dass dies nicht summarisch als strukturelles Defizit vorgelegt werde, sondern auszuführen sei, welche Strukturen zu Defiziten führen. Er fragt, ob die Anmeldungen aus den Institutionen auskömmlich seien und warum das nicht anders angemeldet und früher problematisiert worden sei. Bezüglich der Dringlichkeit bittet er darum zu bedenken, dass es Dienstleister gebe, die auf ihr Geld warten, welches teilweise überfällig sei. Dies könne nicht im Sinne der Stadt Köln sein.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister pflichtet der Aussage ihres Vorredners bei. Sie kritisiert grundsätzlich das kurzfristige Vorlegen von Beschlussvorlagen durch die Verwaltung, durch die ein enormer Entscheidungsdruck entstehe. Sie lehnt es ab, dass der Ausschuss die Vorlagen lediglich zur Kenntnis nehme, ein paar kritische Anmerkungen mache, um sie anschließend ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Sie schlägt deshalb vor, die Beschlussvorlagen mit den formulierten Fragen an die Verwaltung zurück zu verweisen und dass der Ausschuss Kunst und Kultur in der nächsten Sitzung darüber entscheidet. Vor allem müsse dargestellt werden, wie die Verwaltung mit den dargestellten Problemen perspektivisch umgehen werde, um Defizite abzubauen bzw. zu verhindern.

RM Peil schließt sich dem Vorschlag an und betont, dass nur dann darüber entschieden werden könne, wenn man wisse woraus das strukturelle Defizit bestehe. Er hebt hervor, dass es beim Museum Ludwig zwar um ganz andere Summen gehe, aber prinzipiell sei dies das gleiche Problem. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine Finanzprognose, bei der ein Defizit in dieser Höhe festgestellt wurde, erst vor einer Woche entstanden sei. Diese Finanzprognose müsse absehbar gewesen sein. Er vertritt die Auffassung, dass die Leitung eines solchen Hauses in der Lage sein müsse, der Politik die Probleme aufzuzeigen, rechtzeitig gegenzusteuern und diese Maßnahmen im Ausschuss Kunst und Kultur darzustellen. Dies gelte für alle Museen und Institute. Er lehnt es ab, die Beschlussvorlagen in der heutigen Sitzung zu verabschieden, oder in die folgenden Gremien weiterzureichen.

Herr Dr. Wackerhagen schließt sich der Auffassung seiner Vorredner an und möchte konkret wissen, warum man die Beschlussvorlagen als Tischvorlage bekomme. Er spricht sich ebenfalls dagegen aus, die Vorlage zu schieben. Wenn man sich jetzt nicht damit befasse, würde das Schule machen und man würde immer wieder Vorlagen bekommen, zu denen zwar viele Fragen gestellt werden, welche jedoch erst beantwortet werden, wenn die Sache bereits entschieden sei. Er fragt, wann die Defizite aufgetreten seien. Bezüglich des Museums Ludwig weist er darauf hin, dass die Deckung durch zahlungswirksame Wenigeraufwendungen im Museumsreferat, Rautenstrauch-Joest-Museum, Museum für Angewandte Kunst, Kunst und Museumsbibliothek/Rheinisches Bildarchiv, Historisches Archiv und Denkmalpflege in insgesamt gleicher Höhe erfolgen soll. Er geht davon aus, dass sich dort noch Rücklagen befinden, die möglicherweise bereits für andere Leistungen verplant worden seien. Es sei seines Erachtens nichts Unvorhersehbares geschehen, sondern es handele sich hierbei um eine seit längerer Zeit absehbare Entwicklung. Er schlägt vor, alle Fragen hierzu zu sammeln, um sich im nächsten Ausschuss Kunst und Kultur damit zu beschäftigen.

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass beispielsweise bei den Puppenspielen Rechnungen vorliegen, die sofort bezahlt werden müssen. Er schlägt deshalb vor, zumindest absehbare Forderungen zu begleichen. Politisch schließt er sich der Auffassung seines Vorredners an. Er bittet die Verwaltung, kurzfristig das Controllingkonzept vorzustellen. Dies müsse künftig so dargestellt werden, dass man informationstechnisch anders aufgestellt sei. Es dürfe nicht sein, dass man in nächster Zeit für fast alle Institutionen strukturelle Defizite begleichen müsse.

Herr Sörries zeigt auf, dass das strukturelle Defizit beide Tagesordnungspunkte betreffe. Außerdem sei es aus seiner Sicht absehbar, dass die Museen unterfinanziert seien. Ihm sei wichtig, dass die Verwaltung reale Zahlen vorlegt und darstellt, was wirklich von den einzelnen Häusern benötigt werde, damit man darauf reagieren könne und die Möglichkeit bestehe, den Haushalt so zu strukturieren, damit alle auskömmlich finanziert seien.

RM Uckermann ist der Auffassung, dass es sicherer gewesen wäre, einem Haushaltssicherungskonzept zuzustimmen, damit hätte dies verhindert werden können. Im Übrigen stimme er der Sache nicht zu.

Beigeordneter Prof. Quander weist zunächst darauf hin, dass man bei den beiden Vorlagen die Themen trennen müsse. Es gebe erbrachte Leistungen zu denen Rech-

nungen vorliegen, welche die Stadt Köln bezahlen müsse. Dies könne nur durch überplanmäßige Ausgaben geschehen, weil die Mittel in den Haushalten nicht mehr enthalten seien. Wenn Haushaltsansätze unterfinanziert seien, zeichne sich dies hauptsächlich zum Jahresende ab. Er weist darauf hin, dass dies keine neue Situation sei und man in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen nachfinanziert habe. Er ist froh, dass es gelungen sei, ohne zusätzlich Haushaltsmittel und mit veranschlagten Mitteln, dieses Defizit decken zu können. Natürlich sei dies keine Ideallösung, aber innerhalb des Kulturhaushaltes noch darstellbar, weil auf Grund der vorläufigen Haushaltsführung bestimmte Maßnahmen nicht angegangen werden konnten und die dafür vorgesehenen Mittel nicht mehr ausgegeben werden können. Dies gelte ebenso für die Mittel des Historischen Archivs. Er ist zwar grundsätzlich der Auffassung, das Historische Archiv vor die Klammer des Kulturretats zu setzen, jedoch handele es sich hierbei um Gelder, die im Haushalt 2010 und im Doppelhaushalt veranschlagt seien. Er räumt ein, dass man sich über die Frage, wie man in Zukunft hiermit umgehen wolle, Gedanken machen müsse.

Da es leider keine effektive Finanzkontrolle gebe, habe man zu Beginn des Jahres im Kulturdezernat eine Meldestelle eingerichtet. Eine notwendige Rechnungsprüfungsstelle, die alle Häuser begleiten könne, sei leider nicht vorhanden.

Er weist darauf hin, dass das Defizit im Museum Ludwig, als es sich abzeichnete, bei 300.000 EUR lag. Man habe einige Monate benötigt, um die nun ermittelten Zahlen darzustellen. Dies sei nicht in Ordnung und es sollte gemeinsam mit der Politik überlegt werden, wie dies in Zukunft besser gemacht werden könne. Es sei schließlich unbefriedigend, im Herbst jeden Jahres festzustellen, was alles nicht auskömmlich finanziert sei. Er habe in den Haushaltsberatungen stets darauf hingewiesen, dass man kleine flexible Haushalts- und Budgetbestandteile und sehr große Bereiche in den Kultureinrichtungen habe, die nicht steuerbar seien. Hierbei handele es sich beispielsweise um Energiekosten, Steuern und Abgaben. Die Kürzungen seien jedoch gleichmäßig über diese Bereiche gelegt worden, mit der Aufgabe, diese aus den flexiblen Bereichen zu decken. Er geht davon aus, dass es an keiner anderen Stelle im Bereich des Kulturdezernates eine solche Situation gebe bzw. geben werde. Er hebt hervor, dass das Museum Ludwig mit deren Sicherheitsanlagen alle anderen Museen versorge und dies ein erheblicher Kostenfaktor sei. Außerdem sei es mit der Philharmonie verknüpft und eine Immobilie, deren erhebliche anfallende Kosten schwer steuerbar seien. Er bittet darum, dem Weg der Deckung zuzustimmen, um die Rechnungen zu begleichen, damit die Häuser nicht zahlungsunfähig werden.

Herr Deutsch zeigt auf, dass die Verwaltung zu einem Paradigmenwechsel finden müsse. Es müsse bereits im Vorfeld sichtbar sein, wenn die Haushaltsansätze nicht ausreichend seien. Dies betreffe insbesondere die Dimensionen des Museums Ludwig. Er weist unter anderem auf einen Mehrbedarf von 1,15 Mio. EUR im Sonderausstellungsetat hin und erwarte von der Direktion des Museums Ludwig eine Aussage, dass mit dieser Summe keine Sonderausstellungen möglich seien. Hiermit müsse die Politik konfrontiert werden, damit sie dazu Stellung beziehen könne.

Zu den Verschiebungen der Mittel die nicht benötigt worden seien fragt er, ob es sich um Kosten handele, die im nächsten Jahr anfallen.

Beigeordneter Prof. Quander bejaht dies und weist darauf hin, dass die Mittel vorhanden seien.

Herr Deutsch fragt weiter, ob das, was 2010 ausgegeben werden sollte für 2011 bereits etatiert sei.

Beigeordneter Prof. Quander verneint dies.

Herr Deutsch vertritt die Auffassung, dass man dadurch Kosten verschiebe und zusätzlich den Etat 2010 belaste

Beigeordneter Prof. Quander erläutert, dass dies für die prognostizierten Monate veranschlagt sei. Hierbei handele es sich um zwölf Monate in 2011 und vier Monate in 2010. Von diesen vier Monaten benötige man noch einen Monat. Für das Jahr 2012 gehe dies genau so weiter.

RM von Bülow zeigt auf, dass die Vorschläge im Haushaltsplan von der Verwaltung aufgestellt worden seien. Man müsse von seriösen Zahlen ausgehen, die den Haushaltsumfang abdecken, wenn der Rat darüber entscheide. Wenn es Kürzungen in den Museen und anderen Einrichtungen gebe, müssen diese entsprechend zum Tragen kommen. Sie vermisse in beiden Vorlagen den von Herrn Deutsch bezeichneten Paradigmenwechsel. Teilweise tauchen in den Vorlagen Dinge auf, die ihres Erachtens zurückgenommen worden seien, wie beispielsweise die 12,5 % Pauschalkürzungen für feste Kosten. Außerdem bittet sie darum, genauer aufzuschlüsseln, welche Kosten für die Philharmonie und welche für das Museum Ludwig anfallen.

Bezüglich der Sonderausstellungen fehle ihr der Blick auf die Stiftung des Museums Ludwig, welche ihres Erachtens eine größere Rolle übernehmen könne.

Ein weiteres Problem stelle die Konversation mit den anderen Museen dar und sie bittet um eine Aufstellung, welche Auswirkungen dies auf die entsprechenden Museen habe. Sie weist in diesem Zusammenhang auf den geplanten Verzicht des Museumstages zu Gunsten des Museums Ludwig hin und befürchtet, dass dies zu einer Schiefelage führen könne. Zudem plädiert sie nach wie vor dafür, die Beschlussvorlagen in die nächste Sitzung zu verschieben.

Frau Ruiten vertritt die Auffassung, dass man Sonderausstellungen nur veranstalten dürfe, wenn hierzu die Mittel vorhanden seien. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Umgang mit den Förderanträgen der Freien Szene.

Herr Dr. Wackerhagen fragt nach den Auswirkungen für die anderen Museen und ob die angefallenen Defizite zu deren Lasten ausgeglichen werden. Er weist außerdem darauf hin, dass die Bergung der Archivalien teurer als ursprünglich geplant sei. Diese Summe müsse weiterhin zur Verfügung stehen. Obwohl der Kulturdezernent zugesagt habe, dass die Mittel für das Archiv für 2011 vorhanden seien, befürchtet er, dass dies möglicherweise nicht ausreiche.

Herr Sörries bittet darum, künftig die Höhe der tatsächlichen Kosten bei Sonderausstellungen deutlich darzustellen. Er fragt außerdem, wie viele Mittel aus Sicht der Kulturverwaltung noch vorhanden seien, die man ggf. umschichten könne und nicht übertragbar seien. Er erinnert an einen Ansatz im Haushalt, der die Mittel der Freien Szene von 2010 betraf und bei denen man die Reduzierung nicht zurücknehmen konnte, weil angeblich keine Mittel mehr vorhanden seien. Er stellt sich die Frage, ob seitens des Dezernates kein Interesse daran bestehe, bestimmte Dinge zu fördern. Er bittet darum zu erklären, warum eine Unterstützung in bestimmten Bereichen möglich sei und in anderen nicht.

Beigeordneter Prof. Quander weist zunächst darauf hin, dass er auf diese Unterstellung nicht antworten werde. Im Übrigen zeigt er auf, dass keine Gelder mehr übrig seien und die letzte Möglichkeit ausgeschöpft worden sei, um die Deckungslücke zu schließen. Er unterstreicht, dass es sich um zwei Vorlagen für zwei Institute handele, die sich in einer finanziellen Notlage befinden. Er geht davon aus, dass man bei den übrigen Museen, trotz der Kürzungen, mit den Mitteln auskomme. Er weist darauf hin, dass die Mittel dorthin etatiert worden seien, wo sie seitens der Politik vorgesehen waren und es sich letztendlich um einen Haushaltsbeschluss handele.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemerkt, dass die Diskussion gezeigt habe, dass nach den Haushaltsberatungen und den viele Gesprächen, die man mit verschiedenen Vertretern im Bereich Kunst und Kultur geführt habe, es sich hierbei um zwei schwierig zu entscheidende Vorlagen handele. Es seien viele Fragen aufgekomen und es bestehe Nachbesserungs- und Erläuterungsbedarf. Sie schlägt vor, die Vorlagen in der nächsten Sitzung zu behandeln und mit den Antworten auf die gestellten Fragen die Debatte erneut aufzugreifen. Es müsse sichergestellt sein, dass kein Unternehmen wegen offener Rechnungen bis zum Jahresende in Bankrott gerät, oder Zahlungsunfähig werde. Dies könne als Ausnahmefall in den Finanzausschuss gegeben werden. Der Ausschuss Kunst und Kultur müsse die Möglichkeit haben, dies erneut mit allen Fragen in der nächsten Sitzung zu debattieren. Die Verwaltung müsse darstellen, wie man das Controlling und die Planung angehen wolle und wie die Perspektiven für 2011 aussehen.

RM Elster führt aus, dass es ihm momentan um das Bezahlen offener Rechnungen gehe. Hier dürfe es keine inhaltliche Bewertung mehr geben. Die Schuldfrage hierfür müsse nachhaltig diskutiert werden. Es sollte dem Finanzausschuss die Möglichkeit gegeben werden, die Mittel für die offenen Rechnungen zur Verfügung zu stellen. Wenn ein weiterer Monat mit der Entscheidung gewartet werde, koste dies schlicht und ergreifend mehr Geld.

Herr Dr. Wackerhagen unterstützt den Vorschlag der Vorsitzenden und schlägt vor, die Leiter der betroffenen Häuser dazu anzuhören, um zu erfahren, welches Ausmaß dies auf die anderen Museen und Institute habe.

Beigeordneter Prof. Quander merkt an, dass man erst den Rat am 14.12.2010 erreiche, wenn in der heutigen Sitzung die Grundsatzentscheidung getroffen werde, die Beschlussvorlagen um eine Sitzungsrunde zu schieben. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang, dass am 10.12.2010 Kassenschluss sei. Im Übrigen seien die Vorlagen in seinem Dezernat fristgerecht rausgegangen, um die Fraktionen entsprechend zu erreichen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bemerkt, dass der Kassenschlusstermin ein Todschlagargument sei. Sie verweist auf ihre Bemerkung zu Beginn der Diskussion.

RM Dr. Elster wirft ein, dass hierzu die Finanzverwaltung und nicht der Kulturdezernent beschuldigt werden müsse.

Herr Soénus schlägt vor, den ursprünglichen Vorschlag, die Beschlussvorlagen ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen, zu überdenken und gleichzeitig die gestellten Fragen in Form einer mündlichen Anfrage zu stellen. Diese müsse die Verwaltung zur nächsten Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur beantworten. Er bemerkt, dass der Fakt selbst nicht behandelt werden könne, aber über den Inhalt müsse gesprochen werden.

Frau Ruiten fragt nach, seit wann die unbezahlten Rechnungen in den Institutionen liegen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt ihrerseits vor, zu diesem Thema eine Sondersitzung vor der nächsten Sitzung des Finanzausschusses und des Rates einzuberufen.

Der Direktor des Museums Ludwig Prof. König macht deutlich, dass es sich hierbei um das Defizit des Museums Ludwig handele und nicht das des Kulturdezernenten. Der Grund der Entwicklung sei teilweise strukturell und zum Teil selbst verschuldet. Es sei wichtig festzustellen, wieso es zu dem Defizit kommen konnte, wann es bemerkt worden sei und welches Ausmaß das Ganze angenommen habe. Er weist dar-

auf hin, dass die Beschlussvorlage mehrfach zwischen der Kämmerei und dem Kulturdezernenten abgestimmt worden sei. Es sei eine unglückliche Konstellation, dass es zu einer Tischvorlage gekommen sei, aber dies sei kein Grund, die Entscheidung aus Verfahrensgründen zu vertagen. Er macht darauf aufmerksam, dass das Museum Ludwig die Unfallmeldanlage der Firma Bosch für alle Museen verwalte und hier weitere Zahlungen ausstünden. Wenn man weiter zahlungsfähig sei, könne eine Strafe in Höhe von 6000 EUR nicht vermieden werden.

Er berichtet, dass man andererseits mit der Firma Bosch und der Stiftung ein Symposium für eine Ausstellung veranstalte, die er für Ende nächsten Jahres plane. Hierbei gehe es um 60.000 EUR.

Ein anderes Defizit sei entstanden, weil die erhoffte Finanzierung zweier Ausstellungen durch die Bundeskulturstiftung nicht erfolgte. Dabei ging es um 400.000 EUR und 600.000 EUR. Hiervon profitierte jedoch das Rautenstrauch-Joest Museum, beispielsweise durch die soeben eröffnete Ausstellung „Afropolis“.

Er weist darauf hin, dass das Museum Ludwig seit Jahren einen Etat für Sonderausstellungen von 250.000 EUR habe. In der Regel mache man im gesamten Jahr Ausstellungen, die einen Betrag von 2,6 bis 3,4 Mio. EUR ausmachen. Im vergangenen Jahr gab es Ausstellungen, wo mit einer Ausstellung (z.B. „Der blaue Reiter“) 600.000 bis 800.000 EUR verdient worden sei. Aber sie kostete auch 1,5 Mio. EUR.

Für die Erhaltung der Sammlung gebe es einen Etat von 70.000 EUR. Dies schlage mit einem Defizit von 320.000 EUR im Jahr 2010 zu Buche, weil es die vornehmlichste Aufgabe sei, die Sammlung zu unterhalten und auf hohem Niveau in die Zukunft zu bringen. Über Drittmittel der verschiedenen Stiftungen tätige man viele Ankäufe und vermehre so den Kunstbesitz der Stadt. Außerdem bekomme das Museum Ludwig viele Schenkungen.

Er hebt hervor, dass die Kürzungen in Höhe von 500.000 EUR das Museum in eine schwierige Situation gebracht habe. Dieses Problem bestehe seines Erachtens in allen Museen. Bereiche wie beispielsweise Energiekosten oder Bauunterhaltung seien schwierig zu kalkulieren.

Des Weiteren spricht er die Umwandlung der Bewachung an. Hierbei gehe es darum Geld zu sparen und atmosphärisch nicht nur Wach- und Schließgesellschaftsleute zu beschäftigen, die 28 EUR pro Stunde kosten. Um flexibler zu sein, habe man die Museumsbewachung auf ein studentisches System umgestellt. Hierbei stellte sich jedoch heraus, dass die Mitarbeiter nach einem halben Jahr ins städtische Angestelltenverhältnis übernommen werden. Dies bedeute, dass man unterm Strich dort immer noch spare. Bei entsprechenden Ausfällen müsse die Firma „WIS“ einschreiten und verdiene daran 32 EUR anstatt 8 EUR. Dies stelle ein strukturelles Verwaltungsdilemma dar, welches seines Erachtens unprofessionell sei.

Zum Punkt Sonderausstellungen erklärt er, dass hier 1,15 Mio. EUR zu Buche stehen. Es gebe Ausstellungen, die 800 – 900.000 EUR kosten, wie z.B. die Lichtenstein-Ausstellung. Die erwarteten 120.000 Besucher hätten zwar die Ausstellung aufgesucht, allerdings gab es tatsächlich nur 64.000 zahlende Besucher. Die restlichen Besucher zählen in der Bilanz nicht. Man sei in der Vergangenheit zu konservativ mit den Schätzungen dieser Zahlen umgegangen. Er macht deutlich, dass eine angemeldete Ausstellung hundertprozentig finanziert sein müsse. Es sei im Nachhinein ziemlich fatal, dass keine klare Differenzierung zwischen Ist, zahlenden Besuchern und Besuchern gemacht werde. Insofern sei das Defizit von 1,15 Mio. EUR so zu erklären, dass 800.000 EUR vom Vorjahr für Investitionen in Ausstellungen und andere Unkosten inkl. Fixkosten, erst im nächsten Jahr abgerechnet werden.

Er zeigt abschließend auf, dass die 500.000 EUR die dem Museum Ludwig und allen anderen Museen gekürzt worden seien, nach seiner Auffassung extreme Folgen ha-

ben werden. Deswegen sei man daran interessiert, dies so präzise und konkret wie möglich zu beantworten und ebenso die Perspektive für 2011 und 2012 darzustellen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich beim Direktor des Museums Ludwig Prof. König für dessen Ausführung, die sich zum Teil aus den Hinweisen der Diskussion ergeben habe. Sie betont, dass man das Engagement des Museums Ludwig, sowie aller Museumsdirektoren nicht in Abrede stellen wolle. Man wolle erreichen, dass die bestehenden Haushaltsrahmenbedingungen für alle zutreffen, und sich alle Institutionen an den Kürzungen, welche strukturelle Folgen mit sich bringen, beteiligen. Sie weist darauf hin, dass in einer Mitteilung des Betriebsausschusses Wallraf-Richartz-Museum und Fondation Corboud ebenfalls der Hinweis auf ein mögliches Defizit versteckt sei. Dieses Problem könne möglicherweise bei anderen Institutionen noch auftauchen. Die Politik dürfe nicht zulassen, dass alle Häuser in exorbitante finanzielle Probleme geraten. Sie schlägt vor, eine Sondersitzung abzuhalten in der man sich mit den Fragen beschäftige. Ein Beschluss sollte im Finanzausschuss bzw. Rat herbeigeführt werden. Als Kulturausschuss sei man in einer besonderen Verantwortung, sich diese Dinge intensiver anzuschauen. Dies müsse außerdem mit einer Diskussion verknüpft werden, wie es 2011 weitergehe.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt, vor der nächsten Sitzung des Finanzausschusses und des Rates eine Sondersitzung einzuberufen, in der dieser Tagesordnungspunkt behandelt wird

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Sonderausstellungen

8 Annahme von Schenkungen

8.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung des Werkes "Moluccan Cockatoo Molly" von Diana Thater 4356/2010

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlusses:

Der Rat nimmt die Schenkung „Moluccan Cockatoo Molly“, 1995 von Diana Thater durch Herrn Prof. Wilhelm Schürmann an das Museum Ludwig mit Dank an.

9 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

10 Mitteilungen der Verwaltung

10.1 Änderung der Förderfristen ab 2012 3085/2010

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.2 Erfahrungsbericht zur Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Stadtteilbibliotheken 4265/2010

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.3 Archäologische Zone Köln 4480/2010

RM Möller weist darauf hin, dass ihre Fraktion eine Reihe von Anfragen habe, die sie in schriftlicher Form an die Verwaltung gebe. Sie bittet darum, diese zur nächsten Sitzung zu beantworten.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.4 Beihilfen zur Erhaltung von Baudenkmalern 4499/2010

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.5 Kunstwerk Ma'alot und Platzgestaltung Heinrich-Böll-Platz 4389/2010

RM Möller bemerkt, dass sie mit der Beantwortung nicht zufrieden sei. Sie fragt, ob die angekündigten Gespräche zwischen den zuständigen Ämtern und Architekten inzwischen geführt worden seien. Sie weist darauf hin, dass die Dachkonstruktion nur geringe Lasten tragen könne. In diesem Zusammenhang liegen Fotos von drei LKWs der AWB vor, die diesen Platz befahren. Dies müsse auf jeden Fall abgestellt werden, weil demnach nicht verwunderlich sei, dass die Keramikplatten zu Bruch gingen. Darüber hinaus sehe sie die Notwendigkeit, die Neugestaltung des Platzes in die Domumgebungsgestaltung aufzunehmen. Sie bittet darum, die Mitteilung, die Fragen und die Forderungen der Ma'alot-Interessen-Gruppe in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Frau van Duiven hält es für notwendig, das Konzept zur Kunst im öffentlichen Raum schnellstmöglich vorzulegen. Es müsse gewährleistet werden, dass Kunstwerke, die man annehme oder aufstelle, instand gehalten werden. Sie schlägt außerdem vor, die Mitteilung im Kunstbeirat zu behandeln.

(Der stellvertretende Vorsitzende Peil übernimmt die Leitung der Sitzung)

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass das Thema bereits in verschiedensten Bereichen diskutiert und an die Verwaltung herangetragen worden sei und kritisiert deren Beantwortung. Er berichtet, dass nach seinem Kenntnisstand der Künstler bisher nicht kontaktiert worden sei, um mit ihm über die Sanierung des Kunstwerkes Gespräche zu führen. Er zeigt auf, dass das Kunstwerk Ma'alot regelmäßig besudelt werde. Er schlägt einen gemeinsamen Antrag vor, damit der Verfall des Kunstwerkes gestoppt werde und man zeitnah die pragmatischen Vorschläge der Bürger aus dem Initiativkreis angehen könne. Außerdem müsse sich der Kunstbeirat mit der Thematik befassen.

Frau Brunn ergänzt, dass der Initiativkreis eine Unterlage vorgelegt habe, woraus man einen Beschluss entwickeln könne. Sie hält es ebenfalls für sinnvoll, dass der Kunstbeirat eine Empfehlung abgebe, damit man konkretisieren könne, was mit dem Kunstwerk geschehen soll.

Frau Prof. Dr. Schock-Werner macht darauf aufmerksam, dass das Problem der Befahrung durch schwere Lastwagen die gesamte Domumgebung betreffe. Es müsse sichergestellt werden, dass man die Fläche nicht befahren dürfe. Sie habe bereits das Ordnungsamt und die Polizei befragt, wer hierfür zuständig sei. Hierzu habe es kleine klare Aussage gegeben. Die Fläche werde kontinuierlich von Lastwagen befahren und es nutze nichts, das Kunstwerk zu reparieren, wenn dies anschließend so weitergehe.

Der stellvertretende Vorsitzende Peil zeigt auf, dass eine Regelung gefunden werden müsse, damit das Kunstwerk nicht durch die Befahrung des Platzes beschädigt werde. Es gebe den angemessenen Vorschlag, den Kunstbeirat mit einzubeziehen. Außerdem bestehe Einigkeit darüber, dass man das Kunstwerk nicht verkommen lassen wolle.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

10.6 Förderverein Archäologische Zone 4611/2010

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

(Vorsitzende Dr. Bürgermeister übernimmt wieder die Sitzungsleitung.)

11 Mündliche Anfragen

11.1 Schwachstellenanalyse von öffentlichen Bauten

Frau Brunn fragt, wie der Beschluss zur Schwachstellenanalyse von öffentlichen Bauten bei den Kulturbauten umgesetzt werde. Sie bittet darum, hierüber in einer der nächsten Sitzungen zu berichten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag
(Schriftführer)

gez. Stefan Peil
(stellvertretender Vorsitzender)